

POLITISCHE WISSENSCHAFT UND POLITISCHE UNIVERSITÄT
EIN BERICHT ÜBER DIE LAGE*

Von Otto Friedrich Bollnow

Die folgenden Ausführungen haben nicht den Zweck, die Hochflut der Meinungsäußerungen zur Universitätsreform abermals um einen neuen Beitrag zu vermehren. Sie wollen lediglich versuchen, in einer Besinnung über die verschiedenen Ansätze und Vorschläge die treibende Kraft der Bewegung, die hier in Gang geraten ist, herauszuspüren und damit eine klare Stellung in ihr zu ermöglichen.

Die gegenwärtige Bewegung wird durch das Wort 'politisch' bestimmt. Man fordert die 'politische Universität', den 'politischen Studenten', die 'politische Wissenschaft'. Aber wenn man zu fragen versucht, was denn mit diesen Forderungen gemeint ist, so ergibt sich sehr bald, daß sie aus dem Grunde unbestimmt und irreführenden Deutungen ausgesetzt bleiben, weil ein klarer und bestimmter Begriff des Politischen fehlt. So meint man mit dem Wort 'politisch' schon etwas ganz Verschiedenes, je nachdem man von 'politischer Wissenschaft' oder vom 'politischen Studenten' spricht. Und je nachdem, ob man das eine oder das andere im Auge hat, kann auch die Forderung der 'politischen Universität' zweierlei bedeuten.

Aber trotzdem wäre es völlig abwegig, wollte man aus der Unbestimmtheit des Begriffs auch auf die Zerfahrenheit des sich in ihm ausdrückenden Willens schließen oder gar die ganze Bewegung auf eine bloß vorübergehende Erregung zurückführen. Es liegt ihr vielmehr – und das ist die These, die hier vertreten werden soll – eine tiefe innere Notwendigkeit zugrunde; denn es handelt sich hier um den notwendigen Ausdruck einer von Grund aus neuen Weise, wie der Mensch sich selber auffaßt und formt. Und gerade die Unbestimmtheit des Begriffs ist (was selbstverständlich nicht von jedem unbestimmten Begriff gilt, sondern erst aus der Sache selbst aufgewiesen werden muß) der Ausdruck einer unbewußten Tiefe, aus der diese Wandlung emporsteigt. Darum wäre eine wirklich durchgeführte Begriffsbestimmung des Politischen – für die es heute zu früh ist – gleichbedeutend mit einer Klärung dieses neuen Bildes vom Menschen. Es kann vielleicht gleich hier die Überzeugung ausgesprochen werden, daß diese Wandlung im Bilde des Menschen, genau so wie sie selbst Jahrhunderte herrschende Überzeugungen vernichtet, auch ihrerseits unter der Perspektive entsprechender Zeiträume gesehen werden muß.

I.

Vor die Klärung dessen, was mit politischer Hochschule und politischer Wissenschaft im Kerne gemeint ist, muß notwendig eine – wenigstens rohe – Klärung des *Begriffs des Politischen* selbst treten. Und wenn wir auch heute noch nicht imstande sind, diesen Begriff des Po-

* Erschienen in: Neue Jahrbücher, Jahrgang 1933, 6. Heft, S. 486-494. Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig. Die Seitenumbrüche des Erstdrucks sind in den fortlaufenden Text eingefügt.

litischen wirklich klar zu fassen, so können wir doch wenigstens die Not aufweisen, aus der dieser Begriff herauswächst, und den Boden umreißen, auf dem er sich notwendig erheben muß. [486/487]

Man verstellt sich von vornherein das Verständnis dieser neuen Bestrebungen, wenn man dabei den überkommenen Begriff vom Politischen im Auge hat: diesen Begriff, der das 'bloß' Politische im Sinne des rein Machtmäßigen versteht und dieses als eine völlig andere Sphäre allem geistigen und kulturellen Leben scharf gegenüberstellt. Wenn heute die Gegenbewegung gegen den mit dieser Scheidung angesetzten Begriff des 'Geistes' und einen auf das 'rein' Geistige beschränkten Begriff der Kultur und der Kulturgeschichte die andere Seite dieses Gegensatzes betont, so ist dies nur aus der vorübergehenden Kampfsituation zu verstehen; im Grunde geht es um die Aufhebung dieser Scheidung selbst. Es ist nicht so, daß ein bisher negativ bewerteter Bereich jetzt positiv genommen würde, sondern das Wort 'politisch' selbst erhält heute eine viel universalere Bedeutung und dient zur Bezeichnung der Grundbestimmung des Menschen überhaupt.

Mit Recht hebt Bäumler in einem seiner Aufsätze hervor: Das Wort politisch dient uns hier also dazu, den *ursprünglichen Charakter alles menschlichen Daseins* zu bezeichnen. Wir haben zu dieser Verwendung des Wortes ein Recht, weil in der eigentlich politischen Sphäre dieser (d. h. der aktive) Grundcharakter des Menschen am kräftigsten hervortritt. Die Sphäre des eigentlich politischen Handelns ist also nicht eine Sphäre neben anderen, wohl gar eine untergeordnete gegenüber der Sphäre geistiger Akte und Güter, sondern ist die zentrale, die eigentlich „menschliche“ Sphäre¹. Wenn aber so das Politische nicht mehr im Bereich menschlichen Lebens neben anderen ist, sondern zum übergeordneten Bereich wird, dem sich die anderen einzufügen haben, so ist eine solche äußere Gebietserweiterung des Begriffs nur möglich, wenn es zugleich mit dieser Ausdehnung sein eigenes Wesen verwandelt.

Eine solche Verwandlung bedeutet es schon, wenn Bäumler den politischen Menschen mit dem *handelnden und gestaltenden Menschen* gleichsetzt: dem aktiven im Gegensatz zum theoretischen. Aber auch diese Formel faßt noch nicht hinreichend ursprünglich, worauf die gegenwärtige Bewegung mit dem Begriff des Politischen hinaus will. Einmal läßt sie die andere Seite dieses Begriffs, seine Herkunft aus dem Zusammenleben des Menschen in der polis, und damit den Gemeinschaftscharakter der menschlichen Gesamtexistenz, zu sehr zurücktreten. Sodann entsteht gerade über die Antithese von Theorie und Praxis heraus die Frage nach der konkreten Struktur ihrer Vereinigung. Und diese Frage hängt ihrerseits unmittelbar mit dem Grundproblem zusammen: der Überwindung des Dualismus von Macht und Geist.

Diese Aufgabe ist vor allem von Rein mit voller Klarheit ausgesprochen worden: 'Es handelt sich nicht darum, «Politik» an die Stelle der «Kultur» zu setzen, «Potsdam» an die Stelle von „Weimar“, sondern darum, die „Kultur“ von der Seite der „Politik“ her auffassen zu lernen und ihr dadurch Zusammenhang und Gestalt zu geben, wie es von Otto Westphal einmal, wohl am kürzesten und einprägsamsten formuliert worden ist: „*Wir wollen keinen Geist, der nicht handelt, wir wollen kein Handeln, das nicht Geist ist.*“² Damit ist das Problem klar for-

¹ Alfred Bäumler, Das Volk und die Gebildeten. Politische Erziehung, 1. Heft, 1933, S. 3 f. Sperrung und Klammereinschiebung vom Verf.

² Adolf Rein, Die Ideen der politischen Universität. Hamburg 1932, S. 16.

mu- [487/488] liert, um das es hier geht: hinter die uns von der Vergangenheit überkommene und fast schon selbstverständlich gewordene Aufspaltung in eine leere Macht und einen reinen Geist zurückzugehen auf einen ursprünglichen Boden, aus dem beide gemeinsam, in innerer Einheit, entspringen und von dem her allein das später Getrennte in seinem echten Sinn und in seiner ursprünglichen Zusammengehörigkeit verstanden werden kann). Hierin unterscheidet sich der neue Begriff des Politischen vom vulgären: er will *die Zerspaltung des Menschen in Macht und Geist im Sinne einer ursprünglicheren Einheit überwinden*.

Genau dieselbe Schwierigkeit wie beim Begriff des Politischen kehrt auch bei dem ihm verwandten Begriff des Staats wieder. Die Machtausweitung des Staatsbegriffs in Richtung auf einen 'totalen Staat' bliebe ein Übergriff, solange man am überkommenen Begriff des Staats als einer bloß formalen, ordnenden Macht stehen bleibt und diesen selben Staat jetzt nur einen größeren Einfluß gewinnen läßt. Im Gegenteil muß sich in eins mit der Erweiterung seiner Befugnisse auch das Wesen des Staates selbst auf einen umfassenderen Begriff hin verwandeln, wo jetzt die kulturellen Funktionen nicht nur 'reguliert', sondern als gleich ursprünglicher Bestandteil in das öffentliche Leben aufgenommen (und damit der privaten Sphäre entzogen) werden. Erst von einem solchen umfassenden Begriff aus läßt sich dann auch die Einheit von Staat und Volk wirklich realisieren.

Dabei muß beachtet werden, daß diese (aus der gegenwärtigen Situation heraus typisch wiederkehrenden) Formen der Überwindung eines Dualismus und Wiederherstellung der Einheit: von Macht und Geist, von Politischem und Kulturellem, von Staat und Volk nicht 'Lösungen' sind, sondern nur Hinweise, die die Richtung deutlich machen können, nach der sich dann eine wirklich konkrete Einheit erst als schöpferische Leistung unseres Zeitalters entwickeln kann.

Deshalb führt an dieser Stelle auch Schmitts bedeutsame Schrift über den 'Begriff des Politischen'³ nicht weiter: Sie bezieht sich mit der Bestimmung des Politischen an der Unterscheidung von Freund und Feind (wobei Feind ausdrücklich als Staatsfeind, *hostis* bestimmt wird) auf das Politische im engeren Sinn und legt von da her gerade auf die saubere Scheidung der Sphären Wert, während es sich bei der 'politischen Wissenschaft' und 'politischen Universität' um den neuen, noch unbestimmten und nicht in eine besondere Sphäre einzuzwängenden Begriff des Politischen handelt.

Am weitesten scheint in dieser Richtung der theoretischen Klärung eines Macht und Geist gleich ursprünglich umfassenden Begriffs des Politischen Pleßner⁴ vorgedrungen zu sein, im wesentlichen von der Diltheyschen Position ausgehend. Sein komplizierter Gedankengang läßt sich vielleicht in folgender, etwas gewaltsamer Vergrößerung zusammenfassen: Die Ungründlichkeit des menschlichen Daseins, die in der methodischen Selbstbesinnung der Geisteswissenschaften immer deutlicher hervortrat und von der die verschiedenen Formen des Irrationalismus ihr Recht ableiten zu können glauben, darf nicht als ein Versagen des ver[488/489] standesmäßigen Begreifens vor einem in Wirklichkeit zu komplizierten Stoff gedeutet werden, sondern ist der Ausdruck einer realen Eigenschaft der Sache selbst: Nicht dar-

³ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. Erstmalig: Heidelberger Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 58, 1927, H. 1, sodann München 1932, Hamburg 1933.

⁴ Hellmuth Pleßner, *Macht und menschliche Natur*. Berlin 1931.

um ist der Mensch der Wissenschaft unergründlich, weil die Kraft seines Begreifens zu seiner Begründung zu schwach wäre, sondern umgekehrt: weil der Mensch in ihm selber unergründlich ist, d. h. ein produktives Wesen ist, das jederzeit neue, bisher ungeahnte Möglichkeiten aus sich hervorzubringen vermag. Indem aber der Mensch in einer Welt widerstrebender Wirklichkeiten schöpferisch Neues zu gestalten vermag, muß er selbst seinem Wesen nach Macht sein. Hier ist zum erstenmal die Brücke geschlagen: *Macht und geschichtliche Produktivität sind in ihrem Grunde dasselbe*. Erst in einer ungeschichtlichen Betrachtungsweise wird die Schöpferkraft des Menschen in einen ewig sich gleich bleibenden (höchstens stufenweise in Erscheinung tretenden) Geist verwandelt und von einer jetzt nur noch leeren Macht abgespalten.

Dieser selbe Zusammenhang läßt sich auch *sprachlich* begreifen: Macht in der heutigen Bedeutung von Gewalt im Gegensatz zum Recht hat sich erst sehr spät entwickelt⁵; ursprünglich ist 'Macht' gleichbedeutend mit 'Möglichkeit', die die ganze inhaltliche, 'ideelle' Seite mit enthält und die ihrerseits erst mit dieser Spaltung zum bloßen 'Passierenkönnen' verblaßt. Auch der Aristotelische Begriff der dynamis ist aus dem Grunde so schwer zu übersetzen, weil in ihm noch beides ungeteilt enthalten ist. Erst in einer statisch-ungeschichtlichen Betrachtung fällt beides ineinander. Darum kann ihre Einheit nur von einer geschichtlich-dynamischen Auffassung des Menschen her begriffen werden.

II.

Über diese Ansätze hinaus ist der gegenwärtige Stand der Besinnung noch nicht fortgeschritten. Aber sie genügen, wenigstens die Dimension sichtbar zu machen, in der sich das Problem der *politischen Wissenschaft* bewegt. Es führt zu einer hoffnungslosen Verwirrung, wenn man das Wesen einer politischen Wissenschaft vom vulgären Begriff des Politischen her zu bestimmen versucht. Dies würde nur zu der Forderung führen, die – in sich nun einmal bestehende – Wissenschaft jetzt politisch zu verwerten bzw. unter dem Gesichtspunkt politischer Schicklichkeit zu zensieren. Es ist ein wesentliches Verdienst Reins, daß er (selbst auf die Gefahr hin, die Wirkung seines Buches in die Breite zu schwächen) diese naheliegende und auch in der Gegenwart immer wieder auftauchende Deutung scharf zurückgewiesen hat. Er unterscheidet zwischen einer '*politisierten*' Wissenschaft, d. h. einer solchen, die, ohne sich selbst in ihrem Wesen zu verwandeln, ihre Ergebnisse hinterher vom Gesichtspunkt politischer Verwertbarkeit aus betrachtet, und einer im echten Sinne *politischen* Wissenschaft, d. h. einer solchen, die sich ihrer Wurzeln in der politischen Gesamtexistenz des Menschen bewußt ist und von hier aus ihr Wesen und ihre Verantwortlichkeit bestimmen läßt: 'Nicht eine politische Tendenz ist in die Wissenschaft einzuführen, sondern die Idee des Staates als ihr innerstes «principium», ihre Grundursache zu setzen.'⁶ Also nicht erst um die *Ergebnisse* der Wissenschaft handelt es sich bei dieser Frage, [489/490] sondern zuerst und in erster Linie um ihren *Ursprung* und von daher bedingt um ihr ganzes *Wesen*.

⁵ Vgl. Grimmsches Wörterbuch.

⁶ Rein, a. a. O., S. 33.

Darum verfehlt der Streit zwischen der 'Freiheit' der Wissenschaft und ihrer 'Unterordnung' unter die Politik schon immer die ursprüngliche Ebene. Beides braucht einander nicht auszuschließen. Denn die Wissenschaft, obgleich in ihren Ursprüngen im politischen Dasein verhaftet und vor ihm wieder verantwortlich, muß doch in ihrer Fragerichtung notwendig frei sein. 'Die Wissenschaft kann nicht kommandiert werden'.⁷ Solange die Wissenschaft dem Menschen ernstes Anliegen ist, geht notwendig ihr Weg ins Dunkle, dessen Ende oder gar Nutzen niemand kennt.⁸ Das bedeutet nicht, daß die Wissenschaft nicht mit dem Staat in Konflikt geraten könnte. Aber von einer Unterordnung der Wissenschaft unter den Staat und unter das Politische zu sprechen, ist nur sinnvoll von dem neuen, im Werden befindlichen Begriff vom Politischen und vom Staat her. Und hier zeigt sich dann, daß dieses Problem gar nicht neu ist, sondern daß hier in einer neuen Form eine alte Frage wiederkehrt, die durch eine veränderte Lage jetzt eine erhöhte Dringlichkeit erhalten hat, bei der wir aber dennoch zufolge einer historischen Kontinuität für die Gegenwart verwerten können, was in früherem Zusammenhang erarbeitet worden ist.

Denn der Streit, der sich hier zwischen dem Politischen und der Wissenschaft ergeben hat, ist im Grunde genau derselbe, der seit dem Beginn der 'deutschen Bewegung' im Sturm und Drang unsere Philosophie gerade in ihren lebendigsten Vertretern immer wieder beschäftigt hat: das Verhältnis zwischen Denken und Leben, zwischen *Begriff und Leben*. Genau so wie hier, vom Standpunkt des Lebens aus gesehen, das Denken aus der Selbstgenügsamkeit herausgerissen wurde, die es im Aufbau der rationalen Systeme gehabt hatte, und in den größeren Zusammenhang des Lebens eingegliedert wurde, aus dem es entsprungen ist, in dem es sich bewegt und auf das es wieder zurückwirken soll⁹, so steht es auch hier mit der Stellung der Wissenschaft in dem die gesellschaftliche Gesamtexistenz des Menschen bezeichnenden Begriff des Politischen. Und es zeigt sich, daß alles, was sich früher für das Verhältnis von Denken und Leben ergeben hatte, sich jetzt auf die neue Fragestellung übertragen läßt: wie der Gegensatz zwischen der Eigengesetzlichkeit des Denkens und der Einordnung in das Leben als größeres Ganzes nicht durch harmonische Formeln oder dialektische Vermittlung überbrückt werden kann, sondern daß er als Gegensatz (als 'Antinomie') bestehen bleiben muß und daß gerade so, gerade wenn die beiden Seiten mit unverminderter Härte aufeinanderstoßen, er zu der bewegenden Kraft wird, die das Leben zur Produktivität emportreibt.

Dieser selbe Gegensatz ist es, der sich jetzt zwischen dem Politischen und der Wissenschaft auftut. Aber während die Philosophie noch um die schärfere Ausarbeitung dieses Verhältnisses bemüht war, erscheint jetzt dasselbe Problem [490/491] von der politischen Seite her in einer neuen und dringlicheren Gestalt: *an die Stelle des noch unbestimmteren Begriffs des Lebens ist jetzt der konkretere des Politischen getreten*, und damit ist zugleich die Angelegenheit aus der Sphäre des privaten Lebens in die der Öffentlichkeit getreten.

Man versteht den neuen Begriff des Politischen nur von diesem Zusammenhang her. Zugleich aber wird in diesem neuen Begriff des Politischen der tiefere, in vielem noch undeutliche Begriff: 'das' Leben nach einer dreifachen Seite hin konkreter und eindringlicher gefaßt:

⁷ Rein, a. a. O., S. 31.

⁸ Vgl. Martin Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität. Breslau 1933.

⁹ Vgl. vom Verf.: Die Lebensphilosophie F. H. Jacobis, Stuttgart 1933, vor allem Kap. VII.

1. Es handelt sich nicht (oder doch nicht primär) um das individuelle Leben des einzelnen Menschen, sondern um den übergreifenden, den Einzelnen mittragenden Bezug der Gemeinschaft.

2. Diese Gemeinschaft ist kein allgemein-indifferenter Hintergrund, der nicht genauer bestimmt zu werden brauchte, auch kein durch freischwebende Beziehungen der Sympathie sich zusammenschießendes Gebilde, sondern die jeweils konkrete Gemeinschaft, in die sich der Mensch durch Geburt und Lage hineingestellt ('geworfen') findet. Als die große geschichtlich gewordene und in sich selbständige Einheit steht hier die Nation an erster Stelle.

3. Damit ist der immer noch mit der Möglichkeit einer harmonisch-pantheistischen Mißdeutung belastete Begriff des Lebens hineingenommen in die Härte der jeweils um ihren Bestand kämpfenden Wirklichkeit. Erst von hier aus kann dann auch die gesamte staatliche Existenz mit umfaßt werden.

Es läßt sich leicht zeigen, daß diese drei Richtungen einzeln mit innerer Notwendigkeit auch aus der inneren Entwicklung der Philosophie selbst hervorgewachsen waren. Aber unter der neuen Fragestellung des Politischen schließt sich, was dort noch vereinzelt war, in produktiver Vereinfachung zu einer neuen, überraschenden Einheit zusammen und erhält außerdem jetzt, in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, eine wesentlich erhöhte Wichtigkeit.

In diesem Zusammenhang übersieht man sofort, daß die Wissenschaft gerade ihre politische Aufgabe schlecht erfüllt, wenn sie sich in zu großer Nachgiebigkeit den bestehenden Verhältnissen 'anpaßt', sondern daß ihre Aufgabe gerade darin besteht, in Kritik wie in neuer Zielsetzung über die Gegenwart hinaus in die Zukunft zu weisen.

III.

Durch diesen Begriff einer politischen Wissenschaft ist dann auch der einer *politischen Universität* bestimmt. Und es ist deutlich, daß die Forderung einer politischen Universität in keiner Weise eine 'Politisierung' der Universität bedeutet und bedeuten darf. Vielmehr geht die Forderung dahin, die Universität streng von ihrer Funktion für Volk und Staat her anzusehen und jede selbstgenügsame Abkapselung vom nationalen Leben unmöglich zu machen.

Genauer gesehen, sind aber in der Richtung auf eine politische Universität zwei verschiedene Forderungen enthalten, die zum Schaden für die Sache nicht immer klar genug voneinander geschieden sind: Politische Universität kann einmal bedeuten, daß das – im umfassenden Sinne – Politische als Gegenstand [491/492] des eigentlichen Studiums auftritt (wobei es stets ein Gegenstand neben anderen, ebenfalls notwendigen bleiben muß). Politische Universität kann aber auch bedeuten, daß eine 'politische Bildung' als für alle Studenten verbindlich jetzt neben das eigentliche Studium tritt. In beiden Fällen ergeben sich ganz verschiedene Aufgaben.

In die *erste* Richtung gehört vor allem Reins Forderung einer '*politischen Fakultät*', in der es unter dem Gesichtspunkt der Vereinigung aller vom Politischen handelnden Wissenschaften die bisherige juristische und dem größeren Teil der bisherigen philosophischen Fakultät ver-

einigen will (Geschichte, Anthropologie, Rechts- und Staatswissenschaft, Philosophie und Pädagogik, Germanistik, Volkswirtschaftslehre, Kriegswissenschaften, Geographie).¹⁰ Der Fehler dieses Vorschlags scheint mir darin zu liegen, daß diese neu zu bildende Einheit nur aus einem den Wissenschaften immanenten Zusammenhang im Gegenstand der Wissenschaften begründet ist, dagegen nicht von der Funktion dieser Institution im Ganzen von Volk und Staat. Hier scheidet das getrennte berufliche Wollen der Studenten die beiden von Rein zusammengenommenen Fakultäten.

Von dieser funktionalen Bedeutung vom Ganzen her gesehen, bedeutet der politische Gesichtspunkt auf der Universität in erster Linie die Akzentverlagerung von der reinen Wissenschaft auf den Beruf, diesen dann aber aus der privaten Sphäre herausgenommen und ausdrücklich in den Dienst des Ganzen gestellt. Für unsere, die philosophische Fakultät ist darum *die Forderung einer politischen Hochschule gleichbedeutend mit der einer Pädagogisierung der Hochschule*, d. h. der Ausrichtung auf das besondere Berufsziel des Erziehers, wobei dieses wieder eine neue Würde vom nationalen Gesichtspunkt erhält.

Dieser politisch-pädagogische Gesichtspunkt führt notwendig zu einer neuen Konzentration der Hochschule, die sich nach einer dreifachen Richtung auswirkt:

1. Als Konzentration der einzelnen Fächer innerhalb der Hochschule in Richtung auf ein die Grenzen der Fächer sprengendes einheitliches Wollen. Hierhin gehört Reins Tendenz auf einen einheitlichen politischen Kern oder Kriecks¹¹ Vorstellung von einem 'Kuppelbau', an den sich die einzelnen Fachinstitute als 'Seitenkapellen' angliedern sollen.

2. Ebenso wesentlich aber ist die Konzentration innerhalb des einzelnen Fachs, d. h. die Sammlung des Wissensstoffs und ihre Darstellung unter dem Gesichtspunkt eines einheitlichen beruflichen Wollens. Hier erfordert die Frage der Lehre der Wissenschaft eine besondere Aufmerksamkeit neben der Forschung. Hier formuliert Westphal: 'Politische Wissenschaft bliebe im Banne des schöngeistig-bürgerlichen Für-sich-seins, wenn sie ihre pädagogische Aufgabe nicht voll mitergriffe. Es müßte ihren inneren Begriff faul machen, wenn sie sich nicht auch außerhalb der Räume der Erkenntnis darstellte; sie will «dargestellt»: exer-[492/493] ziert, gespielt, gepredigt sein.'¹² An dieser Stelle liegt auch wesentlich die Aufgabe der studentischen Fachschaften.¹³

3. Endlich kommt ein neues Moment der Konzentration hinein durch die Beschränkung der Studentenzahl und die dadurch ermöglichte Intensivierung des Betriebs. Mannhardts¹⁴ gleich noch zu nennender Vorschlag, zwischen Schule und Universität eine gesonderte 'Akademie' einzufügen, hat mit diese Funktion der Siebung.

Von dieser Richtung ist dann eine zweite zu unterscheiden, die eine 'politische Bildung' als verpflichtend an alle Studenten vermitteln will, auch an die, die nicht fachlich an den eigentlich politischen Wissenschaften beteiligt sind. Diese Richtung geht primär auf den *'politi-*

¹⁰ Adolf Rein, Nationale Erhebung und Hochschule. Göttinger Hochschulzeitung, S. S. 1933, H. 3.

¹¹ Ernst Krieck, Die Erneuerung der Universität. Frankfurt a. M. 1933.

¹² Otto Westphal, Politische Wissenschaft. Göttinger Hochschulzeitung. S. S. 1933, H. 3.

¹³ Vgl. Jürgen Brake, Die Fachschaft als Gemeinschaftsform studentischen Lebens, im Oktoberheft der „Erziehung“.

¹⁴ Johann Wilhelm Mannhardt, Hochschulrevolution. Hamburg 1933.

schen Studenten’, wie er am einfachsten einmal von Freyer formuliert ist: ‘Die Bildungsidee, die für uns göltig ist, ist die Idee des politischen Menschen, der in seinem Volkstum wurzelt, das sich dem geschichtlichen Schicksal seines Staats verantwortlich verbunden weiß und der sich mit geistiger Souveränität für die Gestaltung der Zukunft einsetzt.¹⁵

Die Mindestforderung in dieser Richtung wäre ein besonderer politischer Kursus¹⁶, wobei die schlechten Erfahrungen mit bisherigen ‘Pflichtvorlesungen’ zu einem etwas strafferen Aufbau führen müßten. In dieser Richtung bewegt sich Freyers Vorschlag eines besonderen ‘politischen Semesters’. Auch der studentische Gedanke des ‘Kameradschaftshauses’ bietet wertvolle Möglichkeiten nach dieser Richtung. Am weitesten geht hier Mannhardt in seiner Schrift über ‘Hochschulrevolution’, indem er fordert, daß diese politische Bildung auf besondere Anstalten von straff internatsmäßig zusammengefaßtem Charakter verlegt wird, die er ‘Akademien’ nennt und die auf die Universität vorbereiten sollen. In allen diesen Einrichtungen würde der Wille auf einen der Zersplitterung der Fachstudien entgegenarbeitenden allgemein bildenden und allgemeinverpflichtenden Kern, der in der Nachkriegsgeneration zur Forderung einer ‘humanistischen Fakultät’¹⁷ geführt hatte, in der oben entwickelten aktuellen Zuspitzung auf die nationale Existenz wieder aufgenommen. Gerade wenn man den Begriff des Politischen in seiner universellen Bedeutung nimmt, kann von hier aus das Problem einer ‘allgemeinen Bildung’ neu gelöst werden.

Die Notwendigkeit einer solchen ‘Ergänzung’ des bisherigen Hochschullebens war von studentischer Seite schon früh erkannt und von daher auch schon eine entsprechende Organisation aufgebaut. Ausgehend von den Arbeitsabenden der Jugendbewegung entwickelten sich in steigendem Maße die Schulungsabende und Schulungswochen der verschiedensten studentischen Verbände. Hier entstand [493/494] eine Bewegung, die in ihrer letzten Konsequenz geradezu dahin zu führen drohte, eine besondere Hochschule neben der Universität aufzubauen, die nicht nur die erzieherische Arbeit, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Teil der Wissensübermittlung selbst für sich beanspruchte: die politische Bildung im weitesten Sinn, d. h. die Konzentrierung des gesamten Wissens um die nationale Existenz die sie in der bisherigen Universität nicht fanden.¹⁸

Würde diese Entwicklung sich durchsetzen, so würde dies nach doppelter Seite von verhängnisvollen Folgen werden: auf der einen Seite würde Hochschule und Wissenschaft sich von dem lebendigen, aktuellen Interesse der Studenten ablösen, auf der anderen Seite würden diese – doch auch geistigen – Aufgaben ohne den Gestaltungswillen strenger Wissenschaftlichkeit verbleiben und verkümmern (eine Tatsache, die sich schon heute in der weit verbreiteten Langeweile und dem Dilettantismus solcher Schulungsabende auswirkt). Hieraus ergibt sich für die Universität die Aufgabe, diese faktisch vorhandenen Lebensbedürfnisse und zum Teil auch äußerlich schon vorhandenen Institutionen als vollwertiges Glied in ihren inneren Aufbau aufzunehmen.

¹⁵ Hans Freyer, Das politische Semester. Jena 1933.

¹⁶ Neben Arbeitsdienst und Wehrdienst, auf deren Leistungen an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

¹⁷ Götz von Selle, Die humanistische Fakultät. Göttingen, Selbstverlag d. Dtsch. Studentenschaft.

¹⁸ K. Hartmann, Und die Wissenschaft. Hochschule und Jugend, in der Frankfurter Zeitung vom 9. Juli 1933.

Dies berührt sich mit einem anderen Zusammenhang, der von einer anderen Seite her zu einer Aufgabenerweiterung der Universität drängt und der hier nur gestreift werden kann: Sie muß auch in einem früher nicht gekannten Maße die *Gesamterziehung der Studenten* in die Hand nehmen. Dieselbe Konzentrierung aller Kräfte mit der Ausschaltung aller idyllischen Privatexistenz, die sich im großen unter der Idee eines 'totalen Staats' durchsetzt, bringt auch eine Umgestaltung der Universität in Richtung auf eine 'totale Universität', d. h. eine solche, die das ganze Leben der Studenten in ihren Rahmen hineinzieht und sich selbst naturgemäß dadurch erweitert. Hierbei müssen auch diejenigen erzieherischen Funktionen, die bisher von den Korporationen – wenigstens teilweise und nur einen Teil der Studenten erfassend – und neuerdings energischer, aber *neben* der Universität durch Arbeitsdienst und Wehrdienst ausgeübt wurden, als Aufgabe der Universität selbst in Angriff genommen werden. Die Errichtung der 'Kameradschaftshäuser' mit stark internatsmäßigem Gemeinschaftsleben würde einen entscheidenden Schritt in dieser Richtung bedeuten.